

10. 11. 1916

Des Volkes Wohl.

Von

Georg Münch.

Helferichs Nachfolger, Graf von Roeder, hat sich beim Reichstage mit der Forderung von 12 Milliarden neuer Kriegskredite eingeführt. Er hatte die Genugtuung, daß sie sofort endgültig angenommen wurde. Aus den Ausführungen, mit welchen der neue Staatssekretär des Reichsschatzamtes diesen wichtigen Nachtrag zum Reichshaushalt für 1916 begründete, ging hervor, daß der vor etwa einem halben Jahre bewilligte Kredit von zehn Milliarden Mark seiner Erschöpfung entgegengeht. Er hatte die Gesamtsumme der Kriegskredite auf 40 Milliarden Mark erhöht. Durch die ersten vier Kriegsanleihen wurden rund 36 Milliarden M. netto aufgebracht. Der Rest von 4 Milliarden, der an jenen 40 Milliarden fehlt, ist mittels kurzfristiger Verpflichtungen des Reiches gedeckt worden. Auf jeden der verfloßenen 22 Kriegsmonate kommen danach durchschnittlich 1800 bis 1900 Millionen Mark. Auf dieser Höhe bewegten sie sich in den Monaten Februar und April dieses Jahres, während in den Monaten Januar, März und Mai Ausgaben von rund je 2 Milliarden M. zu befriedigen waren. Mit einem Bedarf in der letztgenannten Höhe rechnet die Finanzverwaltung auch für die nächste Zukunft, so daß die jetzt bewilligten 12 Milliarden den Anforderungen bis etwa zum Ende des elften Monats des Jahres entsprechen würden. Der fünften Kriegsanleihe steht die Aufgabe bevor, diese Summen, sofern sie vorher durch Schatzscheine aufgebracht wurden, zu konsolidieren, oder, soweit sie noch nicht durch Schatzwechsel beschafft sein werden, neu zu sammeln. Nach der Praxis, die bei den vier ersten Kriegsanleihen so erfolgreich beobachtet wurde, wartet man für die Durchführung des neuen Anleihegeschäfts den einen der beiden Haupttermine des Jahres, das Ende des dritten Quartals, ab, um all die Fälligkeiten aus Kupons- und sonstigen Zinszahlungen, den Uberschuß des Ernteerlöses, die inzwischen erfahrungsgemäß wieder anschwellenden Einlagegelder der Sparkassen für die Beteiligung an dem vaterländischen Finanzgeschäft interessieren zu können. Mittlerweile nimmt das Reich zu recht billigem Satz durch Schatzwechsel die Kredite auf, deren es zur Erfüllung laufender Verbindlichkeiten bedarf. Es kann dies um so unbedenklicher tun, als das Verhältnis der langfristigen Kriegsanleihen zu den kurzfristigen in keinem der mit uns kriegführenden Staaten so günstig ist wie bei uns. Etwa neun Zehntel unserer gesamten Kriegsausgaben sind bisher durch langfristige Anleihen gedeckt worden. In England ist es nur die Hälfte, in Frankreich nur ein Drittel. Unsere finanzielle Kriegswirtschaft steht somit am besten gesichert da.

Ihr diesen günstigen Stand zu erhalten, ist natürlich eine der bedeutsamsten Aufgaben, die hinter der Front zu erfüllen ist. Vorbedingung dafür ist, daß die Aufnahmefähigkeit des heimischen Marktes für Kriegsanleihen ungeschwächt erhalten, ja nach Möglichkeit gestärkt wird. Die Arbeit, die in dieser Beziehung im Laufe des Krieges geleistet worden ist, ist der größten Anerkennung wert. Es galt, das heimische Kapital in möglichst weitgehendem Umfange für die Zeichnung von Kriegsanleihen mobil zu machen. Erleichtert wurde dieser Prozeß durch verschiedene wichtige Umstände: Einmal durch Absperrung unseres Effektenmarktes vom Auslande, derzufolge keine Wertpapiere vom Auslande her während des Krieges eindringen konnten, ferner durch die Abstoßung fremder Papiere aus neutrale Auslande, weiter durch die Aufarbeitung von Rohstoffvorräten in der Industrie, endlich durch das fast völlige Zurücktreten der Geschäfte auf Kredit gegen diejenigen mit sofortiger Barzahlung. Zu den letzteren gehört ja in erster Linie alles, was für die vielen Milliarden Mark Kriegsausgaben des Reiches beschafft wird, so daß die Behauptung am Platze ist, der durch die hohen Kriegsausgaben beschleunigte Kreislauf des Geldes verbürge bei unserer im Krieg geschlossenen Wirtschaft beinahe allein schon den Erfolg jeder weiteren Kriegsanleihe.

Immerhin ist nicht zu bestreiten, daß der Optimismus, der aus den immer neuen Erfolgen unserer Anleihe-Emissionen entsprungen ist, doch auch zu einer gewissen Sorglosigkeit geführt hat. Sie zeigte sich namentlich in dem Streben des Kapitals, aus den durch den Krieg vorgeschriebenen, engen Bahnen herauszutreten. Das durch Kriegslieferungen gewährleistete gute Gedeihen der meisten Industriezweige zeitigte hier die Neigung zu Erweiterungen und neuen Kapitalinvestitionen, dort die Sucht, die Aktien besonders begünstigter Unternehmen zu erwerben. Die hieraus entstandene Aktienspekulation im freien Verkehr der Berliner Börse drohte das Kapital dem Anleihemarkt zu entfremden, und so erleben wir denn in demselben Augenblick, da der Reichstag einen neuen 12-Milliarden-Kredit bewilligte, ein energisches Einschreiten der Regierung gegen jene Börsenspekulation, das in den von uns wiederholt erörterten Plänen der Schaffung einer das Geschäft erstickenden ungemein hohen Umsatzsteuer gipfelt.

Alle einsichtigen Kreise sind sich darüber einig, daß ein reges spekulatives Börsentreiben, zumal als Ausfluß einer industriellen „Kriegskonjunktur“, nicht in unsere eiserne Zeit paßt. Andererseits liegen die Dinge aber auch nicht so einfach, wie es manchem auf den ersten Blick erscheint. Man überlege, daß — abgesehen von den Devisen — der einzige Teil der Effektenbörse, der gegenwärtig überhaupt funktioniert, der Aktienmarkt ist. Nur auf ihm lassen sich mit einiger Sicherheit Kurse hören, die bei Kauf oder Verkauf halbwegs standhalten. Das ist für die Kapitalistenwelt von der größten Wichtigkeit. Man vergegenwärtige sich, wie größere Vermögen angelegt zu werden pflegen: Teils in Grundstücken und Hypotheken, teils in industriellen Beteiligungen, mündelsicheren Werten und Industriewerten. Von den genannten fünf Kategorien der Kapitalanlage sind die ersten drei im Kriege gar nicht zu verwerten, die vierte höchstens durch Beleihung bei den Darlehnskassen. Es bleibt somit nur die fünfte Art — und das sind die Industrieaktien — allein für den Zweck der Beschaffung flüssiger Mittel übrig: das heißt zugleich auch für den Zweck der Beschaffung von Mitteln zur Anleihezeichnung über etwaige neue Ersparnisse hinaus. Würde man nun auf den Aktienumsatz einen Stempel legen, der, zusammen mit den Stempelkosten des Zwischenhändlers, ein paar Prozent des ausmachenden Betrages darstellt, so würde man just den solidesten Teil der Aktienbesitzer von einem Verkauf der Dividendenwerte

abschrecken, unmittelbar also von der Möglichkeit der Anleihezeichnung oder des Anleiheerwerbs abhalten. Das ist ein Moment, das unseres Erachtens sehr beachtet werden muß, ehe man sich zu einer neuen steuerlichen Maßregel auf dem Gebiete der Börse entschließt. Es hieße, den Teufel mit Beelzebub austreiben, würde man hier zu überstürzten Maßnahmen gelangen.

Im übrigen hat die Börse ihr Aussehen seit der Androhung regierungssseitiger Eingriffe völlig geändert. Die Umsätze sind sehr zusammengeschrunpft, in manchen Werten haben sie überhaupt aufgehört. Die Kursbewegung war dabei eine eigentümliche. Zunächst richtete sie sich stark nach unten, bald aber zeigte sich eine merkliche Widerstandsfähigkeit. Die letzten Börsen vor den Feiertagen brachten sogar hier und da Besserungen. Darin bekundete sich die Abneigung der Besitzer, diejenigen Aktien, deren Kurse nicht in ein Mißverhältnis zur Rentabilität und zu den Aussichten geraten sind, zu verkaufen; wie ja überhaupt nicht vergessen werden darf, daß vordem doch nur eine Auswahl von Werten sich der allgemeineren Beachtung erfreute.

Bei dem Wetteifern gegen die Berliner Börsenspekulation muß übrigens auffallen, daß man allein das Aktiengeschäft verurteilt. Dabei läßt man ein anderes, nicht unwichtiges Gebiet ganz aus dem Auge, den Kuxenmarkt nämlich. Auf ihm haben sich in derselben Zeit, da die Hausse in Aktien stattfand, teilweise viel stärkere Steigerungen abgespielt, bei deren Finanzierung es schwerlich ohne Kreditaufnahme seitens der neuen Käuferschicht abgegangen ist. Den zuständigen Stellen der Regierung seien die Vorgänge auf diesem Gebiete zur aufmerksamen Beachtung empfohlen!

In die Rubrik der Regierungsmaßnahmen gegen unzeitgemäße Festlegung von Kapital gehört auch das, was in diesen Tagen auf dem Gebiete des Kalibergbaues und der Eisenpreise geschehen ist. Eine Verordnung des Bundesrats hat bis auf weiteres das Abteufen neuer Kalischächte verboten, mit dem Hintres das Abteufen neuer Kalischächte verboten, mit dem Hintres auf Arbeitermangel und das Fehlen einer wirtschaftlichen Notwendigkeit für die Herstellung neuer Förderanlagen. Tatsächlich reichen die vorhandenen Werke völlig zur Deckung des Bedarfs im Kriege aus; und, was die Zeit nach Friedensschluß angeht, so würde eine gewaltsam erhöhte Erzeugung und damit verbundene Verschleuderung der deutschen Kalisalze nach dem Auslande dem nationalen Interesse stracks zuwiderlaufen.

Sucht die Regierung hier der unwirtschaftlichen Festlegung von Kapital vorzubeugen, so hat ihr hemmender Eingriff in die Eisenpreisbewegung in erster Linie die Wahrung ihres eigenen Verbraucherinteresses im Auge. Als der Stahlwerksverband Anfang Mai die Halbzeug- und Formeisenpreise den ganz ungewöhnlichen Sprung um 20 M. pro Tonne machen ließ, gerieten die ohnedies schon recht hohen Preise für Eisenerzeugnisse in eine neue Aufwärtsbewegung. Wie weit wir schon sind, möge durch ein paar Vergleiche beleuchtet werden: Vor dem Kriege kosteten in Rheinland-Westfalen Rohblöcke 82½ M. pro Tonne, heute bedingen sie 127½ M.; Stabeisen, das damals für gewöhnliche Sorten 90 M. notierte, wird heute mit 185 M. für schnelle Lieferung gar bis zu 200 M. bezahlt. Grobbleche, vor dem Kriege mit 96 M. bewertet, gehen heute zu 195 M., Feinbleche (damals 125 M.) zu 300 M. und darüber um. Der Staat kann solcher Verteuerung der für den Krieg wichtigsten Materialien nicht gleichgültig zusehen. Darum hat der preussische Handelsminister eine Aussprache mit den Vertretern der Eisenindustrie herbeigeführt, in der die Preisfrage erörtert wurde. Die Prüfung der Verhältnisse dauert fort, und es ist anzunehmen, daß sie einer weiteren Heraufschraubung der Eisenpreise ein Ziel setzt. Regierung wie private Verbraucher hätten davon in gleicher Weise Vorteil; auch der Kapitalmarkt, denn für ihn bringt jede Preiserhöhung, möge sie nun Waren oder Effekten betreffen, eine Anspannung mit sich. Im Anschluß hieran verdient der kürzliche Beschluß des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-syndikats, die Preise, trotz gegenteiliger Bestrebungen, unverändert zu lassen, Beachtung.

Betrachtet man alles Vorerwähnte im Zusammenhang, so lassen sich heilsame Absichten der Regierung nirgends verkennen. Ebenso soll nicht bestritten werden, daß die auf den verschiedenen Gebieten maßgebenden Stellen des Unternehmertums der Kontrolle und den Eingriffen des Staates in so außergewöhnlichen Zeiträumen Verständnis entgegenbringen. Deshalb möchte man nicht daran zweifeln, daß sich selbst anscheinend widerstrebende Interessen schließlich zu einem ersprießlichen gemeinsamen Arbeiten zusammenfinden: Das vornehmste Gebot sei des Volkes Wohl!